

Samstag-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handwerksblatt für Mitteldeutschland

Die Druck- und Verlagsanstalt befindet sich in Halle a. S., Markt 14. Die Druck- und Verlagsanstalt befindet sich in Halle a. S., Markt 14. Die Druck- und Verlagsanstalt befindet sich in Halle a. S., Markt 14.

Verlags- und Druck-Veranstaltung in Halle a. S., Markt 14. Die Druck- und Verlagsanstalt befindet sich in Halle a. S., Markt 14. Die Druck- und Verlagsanstalt befindet sich in Halle a. S., Markt 14.

Deutsch-englische Fühlung.

Das Barometer von Genua.

Wie die Laune des wechselnden Wetters, so wandelt sich in Genua oft an einem Tage Regen in Sonnenschein und umgekehrt. Es ist natürlig, daß auf einer so überaus schwachen Tagung die Fama ein besonders dankbares Feld findet. Während der Abwesenheit des französischen Delegationsführers Barthou hat Herr Lloyd George den Deutschen Reichsstatler Dr. Wirth und den Außenminister Dr. Rathenau zu sich gebeten. Man hat in dieser Unterredung alle schwebenden Fragen eingehend durchgesprochen, und sicher zählt diese Zusammenkunft zu den wichtigsten Ereignissen der Konferenz. Aber es ist reichlich bald und zeigt von einer Verkennung der harten Realitäten in der Welt, wenn phantastische Leute nun gleich zu mehren wissen, Herr Lloyd George wolle seine Politik gründlich umorientieren, er sei der Entente mit Frankreich herzlich müde und erstrebe nichts schärfer als den Ausbruch aus den russisch-deutschen Kontingen. Mit solchen Behauptungen, auch wenn sie lediglich als Gerücht weiter beizubringen werden, ernstet man Erwartungen im deutschen Volk, die nicht zu realisieren sind. Man enttäuscht das an sich schon nicht sehr politisch durchgebildete große Publikum bei uns der dringend notwendigen realpolitischen Klugheit, die uns noch auf lange hinaus bitter notwendig ist.

Gewiß weiß niemand, was aus Genua schließlich herauskommen wird. Aber, daß es zu einer Zerreißung der Entente oder gar zu einer Zerstückelung des Friedensvertrages kommen wird, dafür fehlen einfach alle Voraussetzungen. Lloyd George ist sicher der einzige Auerer der Konferenz herzlich müde. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er ebenfalls mit den Russen einen Sondervertrag schließt. Aber die Reparationsfrage und der Friedensvertrag sind von dem russischen Problem völlig unabhängig. Auf die Dauer müßte natürlich eine Entzweiung zwischen England und Frankreich in der russischen Frage auch keine Wirkungen auf das Ententebündnis erstreben. Aber zunächst wäre durch eine solche Entzweiung an dem Status quo in der Reparationsfrage nicht sehr viel geändert. Auch die Engländer haben den letzten Noten der Reparationskommission zugestimmt, und von ihrem Vertreter Sir John Bradburn soll sogar die Anrechnung kommen, von Deutschland weitere sechs Milliarden Gulden zu verlangen. England hat in der Reparationsfrage nur ein Interesse: Die gegenwärtige Regelung schafft ihm schwere innere Sorgen. Arbeitslosigkeit und Abschaffung sind die Folgen des Londoner Ultimatum gewesen. Man möchte sich die deutsche Konkurrenz möglichst von Leibe schaffen, aber alle englischen Regierungskundgebungen haben bisher auch in der Forderung geglaubt, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit wieder aufgemacht müsse. Darum ist es wirklich noch nicht an der Zeit, sich in Zäufionen zu wiegen.

Lloyd George, Wirth und Rathenau.

Genua, 5. Mai 1922.
Lloyd George hat in der gefrigen Unterredung den Reichsstatler Wirth in sehr eindringlicher Weise bewegen, die Abreise nach Berlin aufzuschieben. Lloyd George hat zugegibt, daß nach der Rückkehr Barthous eine Zusammenkunft zwischen Barthou, Lloyd George, Wirth und Rathenau stattfinden soll. Diese Nachricht stammt aus zuverlässiger englischer Quelle.

Das Rät erlaten über die Besprechung.

Der Friedenspakt überflüssig.
Paris, 5. Mai. Ueber die aufsehenerregende Unterredung vorgezogen zwischen Lloyd George, Rathenau und Wirth in Genua bringt der "Matin" von Gauernein einer ausführlichen, wenn auch teilweise sichtlich kombinatorischen und widersprüchlichen Bericht. Sauerwein behauptet zuerst, die Unterhaltung wäre im Grunde "unpolitisch" gewesen, hätte aber die Deutschen "moralisch" auf herbeordentlich befechtigt und ihnen Hoffnungen in Genua gegeben. Gleich danach teilt er mit, daß Lloyd George das Gespräch doch auf ein sehr politisches Thema gebracht habe, auf den europäischen Friedenspakt, den er, in der letzten, vom französischen Ministerpräsidenten Benesch geführten Form als durchaus annehmbar für Deutschland erklärte. Aber Rathenau sei in diesem Punkte nicht zu überzeugen gewesen. Er habe erklärt, er könne in dem Pakt nichts anderes sehen, als lauter Schutzgarantien gegen Angriffe von Deutschland und Rußland, aber keinerlei Garantien gegen Angriffe auf Deutschland. Der Pakt wäre für Deutschland nur eine neue Bekräftigung der Versailleser Unterdrückung, und das sei für ihn nicht zu ertragen.
London, 5. Mai. Die Nachrichten über die Entzweiung Lloyd Georges mit den Deutschen sind hier so weitgehend ausgelegt worden, daß sogar von einem kommenden wirtschaftlichen Sonderabkommen zwischen England und Deutschland gesprochen wurde. Dieses Gerücht ist so

bestimmt aufgetreten, daß es vom Auswärtigen Amt dezentriert und als phantastisch bezeichnet wurde. England habe den russischen Sonderbericht Deutschlands heftig gedankelt, es könne daher nicht selber Sonderabkommen in Genua suchen.

Ein englisch-russisch-deutscher Wirtschaftsbund.

Der Berichterstatter des "Newport Herald" in Genua meldet: Falls Lloyd George sein Wahlprogramm durch das Scheitern der Konferenz von Genua verloren gehen sollte, so würde er ein neues suchen. Auf diesem Wege wäre er entschlossen, Einzelabmachungen mit Rußland und Deutschland zu treffen. Der Berichterstatter will diese Nachrichten aus Kreisen der englischen Delegation erhalten haben. Der Abschluß eines Wirtschaftsbundes zwischen England, Rußland und Deutschland würde weite Kreise der Liberalen für Lloyd George gewinnen, besonders jene, die auf Keynes schwärzen. Lloyd George wäre aus entschlossen, evtl. die Entente mit Frankreich aufzulösen, worüber er aber erst das englische Volk befragen würde.

Dr. Hermes reist nach Paris.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes wird sich, wie aus Berlin bestätigt wird, demnächst nach Paris begeben, um dort selber mit der Reparationskommission die Verhandlungen über die deutschen Gegenanträge zu führen, zu deren Prüfung sich die Reparationskommission in ihrer Note vom 13. April bereit erklärt hat.

Ein bemerkenswertes Dementi.

Paris, 5. Mai. "Havas" veröffentlicht folgendes Dementi: "Daily Express" veröffentlichte eine angeblich von Poincaré an Lloyd George gerichtete Note, in der der französische Ministerpräsident den Zusammenbruch der Allierten vor dem 31. Mai ablehnte, am Frankreich das Recht zu erhalten, ins Ruhrgebiet einzurücken. Im Ministerium des Auswärtigen wird erklärt, daß niemals eine derartige Note von Poincaré an den englischen Premierminister gerichtet wurde.

Um die Anerkennungs-Formel.

Paris, 5. Mai. "Havas" meldet aus Genua: Es bestätigt sich, daß Lloyd George und Schaner beschlossen haben, sofort das Studium über die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung vornehmen zu lassen, augenscheinlich, um die jetzt fällig werdende Entscheidung der Russen über das Memorandum günstig zu beeinflussen. Zu diesem Zwecke wurden innerhalb der englischen und italienischen Delegation je ein Ausschuss gebildet, die eine Anerkennungsformel ausarbeiten sollen. Diese beiden Ausschüsse haben in Laufe des gestrigen Tages unabhängig von einander getagt.

Die Russen haben auf alle diese Schritte geantwortet, daß ihre endgültige Entscheidung nicht vor zwei Tagen fertiggestellt sein könnte. Es ist sicher in sich hierüber wörtlich erklärt haben: "Die Mängel haben 8 Tage gebraucht, um dieses Dokument fertigzustellen, man soll uns wenigstens einige Stunden lassen, um darauf zu antworten."

Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Genua, 5. Mai. Ein amtliches Komunique besagt: Die erste Unterkommission der Wirtschaftskommission trat heute mittags 10 Uhr zusammen. Zunächst wurden alle von der deutschen und der französischen Delegation vorgelegene Artikel angenommen, in denen die Staaten aufgeführt werden, mit allen Mitteln die Entzweiung der landwirtschaftlichen Produktion zu fördern. Ein Antrag betreffend das Dumping und das Preisregime wurde dem Völkerbund übergeben mit der Bitte, ihm möglichst bald zu prüfen. Hierauf wurden die Artikel 50 und 51 des Berichtes der Sachverständigen von London mit einigen formalen Veränderungen angenommen. Endlich kam ein Artikel zur Annahme, der von der italienischen Delegation beantragt worden war und in dem der Völkerbund aufgefordert wird, im Zusammenwirken mit dem internationalen landwirtschaftlichen Institut die Ausführung der Resolutionen betreffend die Zolltarife, die Ein- und Ausfuhrzölle, sobald es dafür in Frage komme, zu erleichtern. Nachdem nunmehr die Unterkommission ihre Arbeiten beendet hat, wird sie heute nachmittags 4 1/2 Uhr den Bericht der Gesamtkommission in einer Besitzung vorlegen.

Die Amerikaner bleiben am Rhein.

Washington, 4. Mai. Der Staatssekretär für Kriegswesen erklärte, daß 2 Bataillone des 8. Infanterieregiments ihren Wohnort aus Deutschland am wenigstens einen Monat verlagern werden, da eine Reihe von Staaten einmündig Deutschland angeraten hätten, daß amerikanische Truppen über den 1. Juli hinaus am Rhein bleiben sollten.

Vor der Reparationsanleihe?

Das Problem der Probleme.
(Nachdruck verboten.)

Der Verlauf der Genueser Verhandlungen und ihre lange Dauer nötigen dazu, wieder mit größerer Energie als bisher an der Lösung der Deutschland unummittelbar interessierenden und bedrückenden Probleme zu arbeiten. Denn während die Ententebotschafter mit den Russen verhandeln und während sie untereinander nach einer Formel für den Friedenspakt suchen, steht die Zeit nicht still, sie korreiert ebenso schnell fort, wie bisher und die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Reparationskommission, deren letzter Termin der 31. Mai sein soll, rückt immer näher. Von deutscher Seite war von vornherein bei der Ablehnung der Garantie- und Steuerordnung, die die Reparationskommission stellte, nicht an einen Bruch mit der Kommission, sondern an Einigungsverhandlungen gedacht worden, bei denen auf Deutschland soviel wie möglich helfen sollte, die Verhängung zu erreichen. Tatsächlich ist denn auch seit der deutschen Ablehnung und der Antwort der Reparationskommission zwischen den deutschen Vertretern und den Vertretern der Entente ein eifriger Briefwechsel und Meinungs-austausch hin und her gegangen. Was man aber bisher von diesen Verhandlungen hört, läßt nicht gerade auf einen allzu günstigen Verlauf schließen. Die Reparationskommission will sich allem Anschein nach auf ihre Forderungen verstehen und die französische Regierung tut offenbar auf amtliche Weisung das ihrige, um der Kommission einen Rückzug zu erleichtern und sie auf ihre bisherigen Kundgebungen festzuhalten.

In diesem Sinn müssen die Meldungen französischer Blätter verstanden werden, die immer wieder von einem Nachgeben Deutschlands, sei es in der Garantie, sei es in der Steuerfrage zu berichten wissen und damit bei dem französischen Volk Hoffnungen erwecken wollen, deren Entzündung nach Deutschland zur Last gelegt werden soll. So wenig aber diese Laune der führenden französischen Kreise und der Reparationskommission selbst die Reichsregierung zu einem Verlassen ihres grundsätzlichen Standpunktes veranlassen kann, so sehr macht sie ihr zur Pflicht, noch eifriger als bisher dafür zu wirken, daß die nur einmal nur wenig die Ablehnung überkommener Forderungen der Gegenseite nicht zu dem Konflikt führt, den sich die Gewaltpolitiker jenseits der deutschen Grenzen herbeiwünschen. Nach Lage der Dinge kann die Reichsregierung dieser Pflicht nur dann genügen, wenn es ihr gelingt, Deutschland die Kredite zu sichern, die ihm eine Erfüllung der gegnerischen Forderungen möglich machen können. Es handelt sich hier um das seit langem immer wieder auftauchende und immer wieder ungelöst gebliebene Problem einer internationalen Reparationsanleihe. Man hat in Deutschland zu Beginn der Genueser Konferenz gehofft, daß dieses Problem dort, wenn auch nicht offiziell, zur Erörterung kommen würde, und es scheint, daß diese Hoffnungen tatsächlich nicht enttäuscht wurden. Welches Ergebnis aber die Erörterungen haben werden, ist noch nicht mit absoluter Klarheit zu erkennen und kann nicht zu erkennen sein, solange sie nicht zum Abschluß gekommen sind.

Smernigen haben die privaten Besprechungen, die bei dieser und jener Gelegenheit zu Stande kamen, eine gewisse Klärung gebracht. Es scheint, als sei die Möglichkeit, eine Anleihe zu erhalten, doch nicht ganz ausgeschlossen. Eines steht allerdings fest, auch jetzt noch ist man in den führenden internationalen Bankkreisen der Ansicht, daß jede Anleihe für Deutschland eine Art Geschenk sein würde, solange nicht das Londoner Ultimatum mit seinen gefährlichen Wirkungen auf die Widerstandskraft der deutschen Wirtschaft beseitigt ist. Diese Haltung der großen Finanzmänner hat wohl die Überzeugung, die man besonders in der Auslandspresse lesen konnte, hervorgerufen, daß die Anleihebesprechungen gleich nach ihrem Beginn gescheitert seien. Gans so liegen die Dinge aber doch nicht. Man sagt sich in den Kreisen der führenden Bankmänner doch wohl, daß ein Zurückweichen Frankreichs von seinen englischen Krediten nicht sobald zu erreichen sein wird, und das aus demselben Deutschland entgegenkommen müßte, selbst wenn ein solches Entgegenkommen in finanzieller Hinsicht gefährlich ist, wenn anders nicht neue Verwicklungen heraufbeschworen werden sollen. Allerdings wird für jedes Entgegenkommen auch ein Entgegenkommen Deutschlands verlangt.

Welcher Art dieses geforderte Entgegenkommen ist, läßt sich vielleicht aus den Erörterungen schließen, die in parlamentarischen und finanziellen Kreisen Berlins gegenwärtig über die Anleihefrage gepflogen werden. Die deutsche Delegation ist ja in händiger, wenn auch nur lofer Fühlung mit den maßgebenden Parlamentarierkreisen geblieben und die Aussprache, die der in Berlin anwesende Minister Dr. Hermes mit den Führern der Reichstagspartei haben wird, dürfte dazu beitragen, diese Fühlung zu befestigen. Man denkt in Berlin sehr ernsthaft darüber nach, ob nicht gewisse finanzielle Reformen das Vertrauen des Auslandes in unsere Steuerhebung beseitigen können. Immer mehr legt sich die Ansicht durch, daß das heilige Steuererhebungsverfahren solange keine Lösung der deutschen Finanzprobleme bringen kann, als es nicht unumgänglich gemacht wird, jede Steuerbelastung durch Preis- und Gehaltssteigerungen immer wieder auf andere Schichten abzuwälzen. Man sagt sich, daß irgend ein Weg gefunden werden müßte, der es den kapitalträchtigen Steuerzahlern ermöglicht, auf ihr zwar nicht formales, aber tatsächliches

